Antrag

des Abg. Dr. Timm Kern u. a. FDP/DVP

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport

Stand des Sofortprogramms für eine verlässliche Unterrichtsversorgung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. weshalb die Zahl der zu erschließenden Deputate im 18-Punkte-Sofortprogramm auf 500 begrenzt wurde (bitte mit Begründung);
2. wie das Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse seit Verkündung des 18-Punkte-Sofortprogramms ausgestaltet ist (bitte insbesondere auf den Personenkreis eingehen, aus deren Abschlüssen sich nicht zwei oder mehr Unterrichtsfächer ableiten lassen);
3. weshalb im wissenschaftlichen Lehrkräftebereich der Grundschulen sowie Sekundarstufe I nicht auch qualifizierte Personen, aus deren Hochschulabschluss sich lediglich ein Unterrichtsfach ableiten lässt, für die jüngst eingerichteten Direkteinstiegsprogramme zugelassen wurden;
4. inwieweit die Leitungszeit von Schulleitungen seit Bekanntwerden des 18-Punkte-Sofortprogramms gesenkt wurde;
5. inwieweit sie gezielt für Entlastungen mittels pädagogischer Assistentinnen und Assistenten sowie Absolventinnen und Absolventen eines freiwilligen sozialen Jahres gesorgt hat;
6. welche Aufgaben die in Ziffer 5 genannten Personen hierbei im Schulbetrieb wahrgenommen haben;
7. inwiefern der Wegfall der Dokumentation bzw. Hausarbeit bei Referendarinnen und Referendaren dazu geführt hat, dass der praktische Teil des Vorbereitungsdienstes gestiegen ist;

8. wie viele Deputate gemäß Ziffer 1 mit der Maßnahme gemäß Ziffer 7 seit Bekanntwerden des 18-Punkte-Sofortprogramms effektiv erschlossen werden konnten;
9. wie viele Personen sich bislang für den Direkteinstieg für das wissenschaftliche Lehramt an Grundschulen sowie Sekundarstufe-I-Schulen beworben und wie viele hiervon eingestellt wurden;
10. wie die Qualität im Zuge der Planung und Umsetzung des 18-Punkte-Sofortprogramms definiert und sichergestellt wurde (bitte darauf eingehen, inwiefern eine Evaluation der bisher umgesetzten Maßnahmen des 18-Punkte-Sofortprogramms stattfand);
11. ob und wenn nein, weshalb Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsinstitutionen für angehende und Bestandslehrkräfte, Lehrerverbände sowie ggf. weitere Akteure bei der Planung und Umsetzung des 18-Punkte-Sofortprogramms mitbezogen wurden;
12. inwieweit die Möglichkeit der sogenannten Handschlaglehrkräfte nun auch für Schulen der Sekundarstufe I, allgemeinbildende Gymnasien, berufliche Schulen sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren besteht (bitte bei Verneinung begründen, weshalb dies noch nicht erfolgte);
13. ob und wenn nein, weshalb nicht mehr Studienplätze für das Lehramt Grundschule, Sonderpädagogik sowie Sekundarstufe I als im 18-Punkte-Sofortprogramm angegeben ausgebaut wurden (bitte mit ausführlicher Begründung);
14. weshalb die Abschaffung der Sommerferienarbeitslosigkeit von Referendarinnen und Referendaren nicht Bestandteil des Sofortprogramms für eine verlässliche Unterrichtsversorgung wurde;
15. wie die neuen Direkteinstiegsprogramme für die Lehrämter an Gymnasien sowie der Sonderpädagogik ausgestaltet sind (bitte unter Nennung der Zugangsvoraussetzungen für beide Direkteinstiegsprogramme).

28.2.2024

Dr. Timm Kern, Fink-Trauschel, Birnstock, Haußmann, Goll,
Bonath, Brauer, Haag, Hoher, Reith, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Die Bekanntgabe des Sofortprogramms für eine verlässliche Unterrichtsversorgung des Kultusministeriums ist nunmehr ein Jahr her – Zeit, Bilanz zu ziehen und zu prüfen, wie das Sofortprogramm planerisch zustande kam, wie sich die Umsetzung des Sofortprogramms bislang gestaltete, welche Planungs- bzw. Umsetzungsdefizite bislang auftraten und inwiefern etwaige Qualitätsprüfungen bzw. Evaluationen des Sofortprogramms durchgeführt wurden.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 21. März 2024 Nr. KMZ-0141.5-17/26/2 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

1. weshalb die Zahl der zu erschließenden Deputate im 18-Punkte-Sofortprogramm auf 500 begrenzt wurde (bitte mit Begründung);

Die Zahl der zu erschließenden Deputate durch die 18 Maßnahmen im Sofortprogramm wurde nicht auf 500 begrenzt. In der Pressemitteilung ist lediglich der damals durch das Maßnahmenpaket prognostizierte Ressourcengewinn angegeben.

2. wie das Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse seit Verkündung des 18-Punkte-Sofortprogramms ausgestaltet ist (bitte insbesondere auf den Personenkreis eingehen, aus deren Abschlüssen sich nicht zwei oder mehr Unterrichtsfächer ableiten lassen);

Personen, die eine Lehramtsbefähigung im Ausland erworben haben und dort als Lehrkräfte tätig sein können, haben unabhängig vom Bedarf im öffentlichen Schuldienst in Baden-Württemberg einen Anspruch auf Durchführung eines Anerkennungsverfahrens. Eine abgeschlossene Lehramtsbefähigung eines anderen Staates wird uneingeschränkt anerkannt, wenn die Ausbildungsinhalte und die Ausbildungsdauer den Anforderungen des zugeordneten Lehramts in Baden-Württemberg entsprechen. Liegen wesentliche Unterschiede im Hinblick auf fachliche Kenntnisse (z. B. fehlendes Zweitfach) oder Erfahrungen in fachwissenschaftlicher, fachdidaktischer oder berufswissenschaftlicher Hinsicht (z. B. fehlende schulpraktische Ausbildung) vor, wird eine Anerkennung unter Auflagen ausgesprochen. Diese wesentlichen Unterschiede können durch qualifizierende Ausgleichsmaßnahmen behoben werden. Das 18-Punkte-Sofortprogramm strebt keine Änderung der rechtlichen Grundlagen des Anerkennungsverfahrens an, sondern soll Möglichkeit schaffen, wie diese Personen schon teilbeschäftigt werden können, während sie die wesentlichen Unterschiede innerhalb des Anerkennungsverfahrens ausgleichen.

Lehrkräfte mit einem Fach werden im Lehrereinstellungsverfahren im Unterschied zu Lehrkräften, die in zwei oder mehr Fächern ausgebildet wurden, nachrangig berücksichtigt. In bestimmten Schularten, Fächern und Regionen besteht ein sehr hoher Bedarf an Lehrkräften. Um diese Bedarfe zu decken, setzt die Schulverwaltung gegebenenfalls auch Ein-Fach-Lehrkräfte ein. Daher ist es zukünftig wichtig, Möglichkeiten zum Erwerb der Lehrbefähigung in einem weiteren Fach für Ein-Fach-Lehrkräfte zu schaffen.

3. weshalb im wissenschaftlichen Lehrkräftebereich der Grundschulen sowie Sekundarstufe I nicht auch qualifizierte Personen, aus deren Hochschulabschluss sich lediglich ein Unterrichtsfach ableiten lässt, für die jüngst eingerichteten Direkteinstiegsprogramme zugelassen wurden;

Die Richtlinien der Kultusministerkonferenz sahen für einen Laufbahnzugang bisher eine Ausbildung in zwei Fächern vor. Deswegen wurde diese Variante bei der Konzeption des Direkteinstiegs für die Grundschule sowie die Sekundarstufe I nicht berücksichtigt.

Mit Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 14. März 2024 soll ein gemeinsamer Rahmen für die Qualifizierung von Ein-Fach-Lehrkräften erstellt werden, um diese Maßnahme zu ermöglichen.

4. inwieweit die Leitungszeit von Schulleitungen seit Bekanntwerden des 18-Punkte-Sofortprogramms gesenkt wurde;

Im Rahmen der im Staatshaushaltsplan 2023/2024 zur Verfügung stehenden 83 Deputate wurde die Leitungszeit zum Schuljahr 2023/2024 derart angepasst, dass die Mindestanrechnung für die Schulleitungen kleiner Schulen auf elf Wochenstunden und der dritte Berechnungsfaktor der Leitungszeit (ab der 41. Klasse) von 0,5 auf 0,6 Wochenstunden je Klasse angehoben wurde.

5. inwieweit sie gezielt für Entlastungen mittels pädagogischer Assistentinnen und Assistenten sowie Absolventinnen und Absolventen eines freiwilligen sozialen Jahres gesorgt hat;

6. welche Aufgaben die in Ziffer 5 genannten Personen hierbei im Schulbetrieb wahrgenommen haben;

Die Fragen 5 und 6 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Durch die 267 zusätzlichen Stellen für Pädagogische Assistentinnen und Assistenten konnten in den Grundschulen, an Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) und im Rahmen der Inklusion 444 Personen ergänzend eingesetzt werden (Stand: Februar 2024). Die Entlastung durch eine Pädagogische Assistentin oder einen Pädagogischen Assistenten für den Schulalltag ist abhängig vom Einsatz vor Ort an der Schule, worüber die Schulleitungen entscheiden.

Allgemein gilt, dass Pädagogische Assistentinnen und Assistenten an Grundschulen, Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) sowie in Arbeitsgruppen von Kindern mit und ohne Behinderung an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I tätig werden. Pädagogische Assistentinnen und Assistenten unterstützen Lehrkräfte im Unterricht und helfen so dabei, die Schülerinnen und Schüler zielgerichtet zu fördern. Pädagogische Assistentinnen und Assistenten unterstützen auch im sozial-emotionalen Bereich und helfen den Schülerinnen und Schülern, ihre Fähigkeiten zu verbessern. Der Einsatz zusätzlicher Pädagogischer Assistentinnen und Assistenten soll außerdem dabei helfen, Lernrückständen aus der Coronapandemie entgegen zu wirken.

Der Ausbau der FSJ-Stellen im pädagogischen Bereich der Schulen ist eine gezielte Investition der Landesregierung: Für das Schuljahr 2023/2024 stehen erstmalig für die zusätzliche Unterstützung durch Freiwillige für insgesamt 250 ausgewählte Schulen im Land Plätze zur Verfügung. Diese konnten vollumfänglich besetzt werden.

Das Einsatzspektrum der Freiwilligen an den Schulen ist sehr vielfältig. Der Einsatz erfolgt grundsätzlich individuell und unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Eignung, Kompetenzen und Wünsche. Durch ihren Einsatz an den Schulen unterstützen die Freiwilligen einerseits die Lehrkräfte. Neben diesem Ziel soll das Freiwillige Soziale Jahr im pädagogischen Bereich jungen Menschen jedoch vor allem die Möglichkeit bieten, sich durch ihren Einsatz an den Schulen über den Beruf der Lehrkraft und den Arbeitsplatz Schule zu informieren und so, von den Fachkräften vor Ort begleitet und in ihrem Entscheidungsprozess unterstützt, eine fundierte Berufswahl zu treffen. Die jungen Menschen sollen durch ihre Erfahrungen an den Schulen idealerweise dafür begeistert werden, in der Folge ein Lehramtsstudium aufzunehmen, um später selbst als Lehrkraft im Schuldienst tätig zu sein.

7. inwiefern der Wegfall der Dokumentation bzw. Hausarbeit bei Referendarinnen und Referendaren dazu geführt hat, dass der praktische Teil des Vorbereitungsdienstes gestiegen ist;

8. wie viele Deputate gemäß Ziffer 1 mit der Maßnahme gemäß Ziffer 7 seit Bekanntwerden des 18-Punkte-Sofortprogramms effektiv erschlossen werden konnten;

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 7 und 8 gemeinsam beantwortet.

Als Beitrag zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung wurde die Unterrichtsverpflichtung der angehenden Lehrkräfte in den Vorbereitungsdiensten im zweiten Ausbildungsabschnitt um eine Stunde erhöht. Diese Erhöhung der Unterrichtspraxis wurde u. a. durch Anpassungen in den Prüfungsanforderungen, z. B. den Wegfall der Dokumentation bzw. Hausarbeit, kompensiert. Die Erhöhung des eigenständigen Unterrichts in der zweiten Phase der Vorbereitungsdienste wurde für den Jahrgang, der im Januar bzw. Februar 2024 den Vorbereitungsdienst begonnen hat, umgesetzt. Da angehende Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst erst ab dem zweiten Halbjahr eigenständigen Unterricht erteilen, wird die Maßnahme erst ab dem Schuljahr 2024/2025 greifen. Entsprechend der Prognose des Kultusministeriums können dadurch Stunden im Umfang von etwa 200 Deputaten gewonnen werden.

9. wie viele Personen sich bislang für den Direkteinstieg für das wissenschaftliche Lehramt an Grundschulen sowie Sekundarstufe-I-Schulen beworben und wie viele hiervon eingestellt wurden;

Für den Direkteinstieg an den Grundschulen und in der Sekundarstufe I wurden im ersten Durchgang für die Einstellung zum Schuljahr 2023/2024 insgesamt etwa 40 Personen eingestellt. Die Zahl der Personen, die sich beworben haben wurde nicht erfasst. Zu berücksichtigen ist dabei, dass ein Direkteinstieg nur möglich ist, wenn keine regulär ausgebildete Lehrkraft zur Verfügung steht.

10. wie die Qualität im Zuge der Planung und Umsetzung des 18-Punkte-Sofortprogramms definiert und sichergestellt wurde (bitte darauf eingehen, inwiefern eine Evaluation der bisher umgesetzten Maßnahmen des 18-Punkte-Sofortprogramms stattfand);

Das Maßnahmenpaket fördert die schulische Qualität an verschiedenen Punkten. So wird den Schulleitungen für die Arbeit mehr Leitungszeit zur Verfügung gestellt. Personen ohne Lehramtsausbildung werden besser begleitet und die Angebote bei Berufsbeginn und Wiedereinstieg ausgebaut. Auch die zusätzlichen pädagogischen Assistentinnen und Assistenten, die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen, erhöhen die Qualität.

Beim Direkteinstieg wird durch die festgelegten Voraussetzungen und die dreijährige berufsbegleitende Qualifizierung sichergestellt, dass dieser Weg in das Lehramt den Qualitätsanforderungen für den Lehrkräfteberuf erfüllt. Bei Personen mit einer ausländischen Lehramtsausbildung wird beim Durchlaufen des Anerkennungsverfahrens beim Regierungspräsidium Tübingen festgestellt, inwieweit die Ausbildung den Anforderungen der hiesigen Lehramtsausbildung entspricht und es werden gegebenenfalls Auflagen für eine Anerkennung des Abschlusses festgelegt. Alle Maßnahmen werden kontinuierlich dem Umsetzungsstand entsprechend begleitet und analysiert.

11. ob und wenn nein, weshalb Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsinstitutionen für angehende und Bestandslehrkräfte, Lehrerverbände sowie ggf. weitere Akteure bei der Planung und Umsetzung des 18-Punkte-Sofortprogramms mitbezogen wurden;

Das Kultusministerium stimmt sämtliche Maßnahmen grundsätzlich eng mit den Schulverwaltungsbehörden (Staatliche Schulämter und Regierungspräsidien) ab und beteiligt auch die Seminare für Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte, soweit diese betroffen sind. Nicht zuletzt finden regelmäßige Gespräche mit den schulischen Beratungsgremien, den Interessenverbänden und den Personalvertretungen statt, in deren Zuge auch geplante Maßnahmen thematisiert werden können.

Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Beantwortung der Fragen 5, 6 und 11 der Landtagsanfrage 17/5843 verwiesen.

12. inwieweit die Möglichkeit der sogenannten Handschlaglehrkräfte nun auch für Schulen der Sekundarstufe I, allgemeinbildende Gymnasien, berufliche Schulen sowie Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren besteht (bitte bei Verneinung begründen, weshalb dies noch nicht erfolgte);

Die Möglichkeit, Handschlaglehrkräfte einzustellen, gibt es seit diesem Schuljahr auch für die Schulen der Sekundarstufe I sowie für die Hauptstufen der Sonder-

pädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ). Grundstufen der SBBZ konnten bereits vorher von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Eine Ausweitung auf die allgemeinbildenden Gymnasien und die beruflichen Schulen ist nicht Teil des Maßnahmenpaketes und auch nicht in Planung.

13. ob und wenn nein, weshalb nicht mehr Studienplätze für das Lehramt Grundschule, Sonderpädagogik sowie Sekundarstufe I als im 18-Punkte-Sofortprogramm angegeben ausgebaut wurden (bitte mit ausführlicher Begründung);

Der Ausbau der Studienplätze erfolgt nach der Modellrechnung des Kultusministeriums. Der errechnete Bedarf kann mit den bereits beschlossenen Studienplatzerhöhungen gedeckt werden.

14. weshalb die Abschaffung der Sommerferienarbeitslosigkeit von Referendarinnen und Referendaren nicht Bestandteil des Sofortprogramms für eine verlässliche Unterrichtsversorgung wurde;

Für Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter gilt, dass diese ihre Ausbildung mit dem Ende des Schuljahres abschließen. Damit endet das Beamtenverhältnis auf Widerruf und die Rechtsbeziehungen zum Land Baden-Württemberg. Ähnlich wie in anderen Berufsgruppen erfolgt anschließend daher keine Bezahlung bis zur regulären Einstellung, die zum Unterrichtsbeginn nach den Sommerferien erfolgt. Durch die verschiedenen Einstellungsverfahren des Kultusministeriums können Referendarinnen und Referendare zum Teil bereits im Dezember des Vorjahres Sicherheit über ihre künftige Stelle erhalten.

15. wie die neuen Direkteinstiegsprogramme für die Lehrämter an Gymnasien sowie der Sonderpädagogik ausgestaltet sind (bitte unter Nennung der Zugangsvoraussetzungen für beide Direkteinstiegsprogramme.

Voraussetzung für einen Direkteinstieg in das Lehramt Gymnasium ist ein geeigneter akkreditierter Bachelor-Master-Abschluss (bzw. gleichwertiger Abschluss wie Diplom oder Magister). Der Studiengang ist für den Direkteinstieg geeignet, wenn ausreichende Studienleistungen enthalten sind, die es ermöglichen, daraus ein Erstfach und ein Zweitfach aus dem Lehramt Gymnasium abzuleiten. Im ersten Durchgang werden für den Direkteinstieg nur MINT-Kombinationen mit den Fächern Mathematik, Informatik, Physik, Biologie und Chemie sowie das Fach Bildende Kunst in Kombination mit dem Fach Intermediales Gestalten eingerichtet.

Die Studienvoraussetzungen der Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger orientieren sich an den entsprechenden Lehramtsstudiengängen für die angestrebte Laufbahn im Lehramt Gymnasium (vgl. § 6 Rahmenverordnung [RahmenVO-KM] sowie die dazu gehörenden Anlagen). Dabei muss eine entsprechende fachliche Qualifikation im Hinblick auf die Erfordernisse der Bildung und Erziehung von 9- bis 19-jährigen Schülerinnen und Schülern, die zur Studierfähigkeit geführt werden sollen, vorliegen. Im Einzelnen bedeutet dies:

- Im Erstfach eines für den Direkteinstieg in das Lehramt Gymnasium geöffneten Mangelfaches müssen Studieninhalte im Umfang von mindestens 90 ECTS Fachwissenschaft nachgewiesen werden.
- Das Zweitfach ist ein weiteres Fach aus dem Fächerkanon des Gymnasiums. Hierfür sind im Zweitfach aus dem Studiengang fachwissenschaftliche Studienleistungen im Umfang von mindestens 75 ECTS-Punkten für die Ausbildung als Hauptfach (bis zur Oberstufe) nachzuweisen.
- Für die Ausbildung im Direkteinstieg auf Beifachniveau (Unter- und Mittelstufe) sind mindestens 45 ECTS-Punkte in einem zum Erstfach affinen (z. B. Physik zu Mathematik) Zweitfach und mindestens 60 ECTS-Punkte in einem nicht zum Erstfach affinen Zweitfach entsprechend den Zulassungsvoraussetzungen zum Seiteneinstieg nachzuweisen.

Die inhaltlichen Studienvoraussetzungen orientieren sich an den Vorgaben der Rahmenvorgabenverordnung (RahmenVO-KM) für die Fächer des Lehramts Gymnasium. Dabei wird keine exakte Übereinstimmung der fachwissenschaftlichen Qualifikation vorausgesetzt, doch sollen die zentralen fachwissenschaftlichen

Themengebiete in Anlehnung an die RahmenVO-KM durch Studienleistungen im Wesentlichen nachgewiesen werden.

Die Studienvoraussetzungen der Direkteinsteigerinnen und Direkteinsteiger in das Lehramt Sonderpädagogik orientieren sich an den entsprechenden Lehramtsstudiengängen für die angestrebte Laufbahn im Lehramt Sonderpädagogik. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit auf die Beschäftigung mit Fachrichtungen, Handlungsfeldern oder Grundlagen der Sonderpädagogik gelegt. Deswegen ist für den Direkteinstieg als wissenschaftliche Lehrkraft in der Sonderpädagogik an einem Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum (SBBZ) ein geeigneter akkreditierter Bachelor-Master-Abschluss aus dem pädagogischen Bereich Voraussetzung. Der Studiengang ist geeignet, wenn Studienleistungen im Umfang von 95 ECTS aus den folgenden Bereichen enthalten sind:

- Sonderpädagogische Fachrichtung (zum Beispiel beeinträchtigte Entwicklungs- und Lernverläufe, Lernen und Verhalten, Grundlagen von Sprachentwicklung, Entwicklungsstörungen)
- Sonderpädagogische Handlungsfelder (zum Beispiel Beratung, Frühförderung, Inklusion, Berufliche Orientierung und Vorbereitung)
- Sonderpädagogische Grundlagen (zum Beispiel Umgang mit Fallstudien und Einzelfallarbeit, Diagnostik, Kommunikationstheorie, Beratungskonzepte, didaktische Grundlagen)
- Bildungswissenschaften (höchstens 45 ECTS) (zum Beispiel Erziehungswissenschaft, Soziologie, Psychologie)

Der Direkteinstieg muss in zwei Förderschwerpunkten erfolgen. Für das Schuljahr 2024/2025 ist der Einstieg in den Kombinationen Lernen/Geistige Entwicklung, Lernen/Sprache sowie Lernen/Emotionale und soziale Entwicklung angedacht.

Sowohl für den Direkteinstieg in das Lehramt Gymnasium als auch als wissenschaftliche Lehrkraft in der Sonderpädagogik ist ein sechswöchiges Praktikum nachzuweisen. Das Praktikum für den Direkteinstieg in der Sonderpädagogik muss dabei in einem SBBZ oder in einem inklusiven Bildungsangebot an einer allgemeinen Schule nachgewiesen werden. In Einzelfällen ist auch ein Praktikum außerhalb des schulischen Bereichs in der Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen mit Behinderung denkbar. Für das Lehramt Gymnasium ist ein sechswöchiges Praktikum in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen im Alter von 9 bis 19 Jahren nachzuweisen.

Auch Personen mit einem ausländischen Hochschul- oder Universitätsabschluss können sich für den Direkteinstieg bewerben, wenn sie die jeweiligen Voraussetzungen erfüllen. Für Nicht-Muttersprachlerinnen und -sprachler ist die Vorlage eines Sprachzertifikates gemäß des Gemeinsamen europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GeR) auf dem Niveau C2 erforderlich. Bei Vorlage eines Zertifikats auf dem Niveau C1 ist zusätzlich ein Sprachkolloquium erfolgreich zu absolvieren.

Schopper
Ministerin für Kultus,
Jugend und Sport